

Zypern

Heinz-Jürgen Axt

Nach Griechenland, Portugal, Spanien und Irland ist auch die Republik Zypern zum Sanierungsfall in der Eurozone geworden. Es lassen sich zumindest acht Faktorenbündel identifizieren, die Zypern dazu gemacht haben: Erstens hat der Finanzsektor übermäßig expandiert. Zweitens unterlag dieser Wirtschaftssektor keiner hinreichenden nationalen Kontrolle. Drittens hat Zypern den schon zu Beginn seiner EU-Mitgliedschaft kritisch registrierten Offshore-Sektor nicht hinreichend kontrolliert. Viertens haben die Euro-Partner die damit verbundenen Fehlentwicklungen zu wenig registriert. Fünftens war der Schuldenschnitt in Griechenland im Februar 2012 zwar nicht die Ursache, wohl aber ein Katalysator für den Ausbruch der Krise. Sechstens hat die Wettbewerbsfähigkeit Zyperns, das einst als Wirtschaftswunderland galt, nachgelassen. Siebtens hat Zypern kein nachhaltiges Schuldenmanagement betrieben und die Schulden nur zurückgeführt, um sich für den Euro zu qualifizieren. Achstens hat sich die Politik nicht rechtzeitig den erkennbaren Fehlentwicklungen entgegen gestellt.¹

Traditionell war Zyperns Wirtschaftsstruktur durch Tourismus und Landwirtschaft geprägt. Um sich von dieser einseitigen Wirtschaftsstruktur zu lösen, hat man den Dienstleistungs- und Finanzsektor entwickelt. Heute dominieren Banken und Finanzinstitute die Wirtschaft. Die Bankeinlagen erreichen einen Wert, der über 700% des zyprischen BIP entspricht. Als Finanzplatz hält Zypern nach Luxemburg und Malta mit Irland den dritten Rang in der EU. Weil jedes EU-Land für sein Geschäftsmodell selbst verantwortlich ist, hat Zypern jetzt auch die Folgen seiner wirtschaftspolitischen Orientierung zu tragen. Dass die zyprischen Banken für Anleger so attraktiv geworden sind, liegt an hohen Zinsen sowie niedrigen Gebühren und Steuern. Noch Ende 2012 offerierten zyprische Banken Privatkunden Zinsen in Höhe von 4,45% bei einer Laufzeit von zwei Jahren, während man in Deutschland auf nur 1,51% kam. Dass die Banken oft keine genauen Kenntnisse über ihre Kunden hatten, hat sie für Geldwäsche attraktiv gemacht. Dabei stellt die mangelhafte Kontrolle des Finanzsektors traditionell ein Problem dar. Die Europäische Kommission hat schon 1998 in ihrem Fortschrittsbericht vermerkt, Zypern habe zwar Fortschritte im Binnenmarktbereich durch die Übernahme des *Acquis Communautaire* erreicht, unzulänglich kontrolliert blieben jedoch die Finanztätigkeiten im Offshore-Bereich. Dieser zeichnet sich aus durch niedrige Steuern, ein hohes Maß an Geheimhaltung insbesondere bezüglich der Eigentumsverhältnisse und eine minimale Finanzaufsicht. Bis zur 2013 beschlossenen Umstrukturierung des zyprischen Bankenwesens hielt dieser Umstand an und Zypern war „the once highly-touted ‚offshore gateway‘ for the Russian wealthy“.²

Der Bausektor hat die wirtschaftliche Dynamik in der Republik Zypern stark vorangetrieben, hat allerdings auch die Verschuldung der privaten Haushalte gefördert. 2009 ist

1 Vgl. den Beitrag des Verfassers im Jahrbuch 2013 und ders., Die Republik Zypern als Sanierungsfall: Legenden und Fakten zur Finanzkrise, in: Südosteuropa-Mitteilungen, 53 (2013) 3-4, S. 26-43.

2 Forbes, 25.03.2013, <http://www.forbes.com/sites/jayadkisson/2013/03/25/cyprus-and-the-death-of-an-offshore-haven/>.

die Immobilienblase geplatzt. Zwischen 1995 und 2002 wurden jährlich 6.500 neue Wohnungen gebaut, von 2003 bis 2010 waren es 14.700. Zyprer, aber auch Ausländer haben verstärkt in den Immobiliensektor investiert. Im EU-Mitgliedstaat galten die Anlagen als sicher und wegen der sinkenden Zinsen auf den internationalen Kapitalmärkten konnten die zyprischen Finanzinstitute die benötigten Kredite zu günstigen Konditionen bereitstellen. Die Baupolitik wurde von der zyprischen Politik aktiv unterstützt, auch um damit Unterkünfte für die wegen der Inselfaltung vertriebenen griechischen Zyprer zu schaffen. Die Baupreise stiegen allein von 2006 bis 2008 um über 50%. Als die Blase 2009 platzte, fielen die Preise um 40%. In Folge der regen Bautätigkeit stieg die Verschuldung der privaten Haushalte stetig an. 2006 erreichte sie knapp 100 % des BIP, 2011 waren es schon über 130%.³ Zum Vergleich: In Deutschland betrug 2012 die private Verschuldung knapp 60% und sogar in Spanien erreichte sie lediglich einen Anteil von gut 80%.

Das zyprische Geschäftsmodell stieß an seine Grenzen, als Zyperns Banken selbst dann noch in Griechenland investierten, als dort das finanzpolitische Desaster für alle offenkundig war. Offenbar motiviert durch die hohen Renditen, die beim Kauf griechischer Staatsanleihen zu erzielen waren, haben zyprische Banken massiv in Griechenland investiert. Im Juli 2011 hielten nach einer Schätzung der Agentur Standard & Poor's zyprische Banken griechische Staats- und Bankanleihen im Nennwert von 6,4 Mrd. Euro. Das entsprach rund 40 % des BIP Zyperns.⁴ Als es dann im Februar 2012 zum Schuldenschnitt in Griechenland kam, verloren zyprische Banken mit rund 4,7 Mrd. Euro mehr, als ihr Eigenkapital ausmacht und der Staat sah sich veranlasst, die Banken aufzufangen. Da der zyprische Staat dazu aber nicht in der Lage war, sahen sich Euro-Partner und IWF genötigt, mit einem Finanzpaket von 10 Mrd. Euro auszuhelfen. Von diesem Darlehen sollen 2,5 Mrd. Euro für die Rekapitalisierung zyprischer Banken, 4,1 Mrd. Euro für die Tilgung auslaufender Staatsanleihen und 3,4 Mrd. Euro für die laufende Staatsfinanzierung verwendet werden. Mit der finanziellen Stützung wurde zugleich eine Neustrukturierung des zyprischen Bankenwesens veranlasst. Die Laiki-Bank wird langfristig abgewickelt, die sich bei ihr befindenden Einlagen über 100.000 Euro werden in eine „Bad Bank“ überführt, was nach Schätzungen Verluste in Höhe von 4,2 Mrd. Euro mit sich bringt. Die Einlagen unter 100.000 Euro werden in die Bank of Cyprus transferiert. Diese Einlagen werden so wie bei der Bank of Cyprus von Abgaben verschont. Die bei der Bank of Cyprus befindlichen Einlagen über 100.000 Euro werden mit einem Anteil von 37,5% in Bankaktien umgewandelt und 22,5% werden auf drei Monate eingefroren. Nur bei positiver Entwicklung der Bank wird der Rest ausgezahlt. Auf diese Weise soll Zypern den von ihm verlangten Eigenanteil von 5,8 Mrd. Euro aufbringen. Im Falle Zyperns kam es zum ersten Mal in der Eurozone zu einem „bail-in“.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014 brachten keine großen Überraschungen. Die Regierungspartei DISY errang 37,7% und entsendet zwei Abgeordnete, die sich der EVP-Fraktion anschließen. 26,9% erreichten die AKEL-Kommunisten, die ebenfalls zwei Abgeordnete stellen. Jeweils ein Abgeordneter entfiel auf DIKO (10,8%) und EDEK (7,7%), die sich beide den Sozialisten im Europaparlament anschließen. Die rechtsextreme ELAM konnte sich von 0,22% im Jahr 2009 auf 2,69% steigern.

³ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.12.2012, S. 21.

⁴ Vgl. Handelsblatt, 13.07.2011, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/unglueck-belastet-staats-etat-zyperns-banken-sind-stark-in-griechenland-engagiert/4390580-3.html>.